



Arbeit

bereit sein, über die Begrenzungen der kapitalistischen Marktwirtschaft hinaus zu denken und zu handeln.

## Gute Arbeit für alle: Ein realistisches und notwendiges Ziel

*Eine Gruppe von neun Denknetz-Mitgliedern hat es unternommen, zentrale Aussagen zum Thema Arbeit in Form von Thesen zu bündeln. Die Gruppe will damit die Diskussion innerhalb der Linken erleichtern und dazu beitragen, dass die Diskurse in den verschiedenen Politikfeldern besser aufeinander Bezug nehmen können. Denn mit der Art der Ausgestaltung gesellschaftlicher Arbeit sind Sozial- und Wirtschaftspolitik, Genderfragen, Beschäftigungs- und Bildungspolitik, Nachhaltigkeit und Machtverteilung eng verknüpft. Eine wesentliche Begleitfrage beim Verfassen der Thesen war, wie wir die Auseinandersetzung um Arbeit und Erwerb als Ausdruck sozialer Verhältnisse erfassen können. Die Thesen sollen keine Idealkonstrukte in luftleeren Räumen skizzieren, sondern Bezug nehmen auf eine Gesellschaft mit starken Interessensgegensätzen.*

*Es ist uns wichtig zu betonen, dass es sich nicht um Denknetz-Thesen handelt. Für die Thesen zeichnen einzig die am Schluss des Textes genannten Personen.*

*Die Thesen sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Es freut uns, wenn sie zum Weiterdenken anregen. Mag Wompe! vom [labournet.de](http://labournet.de) setzt sich in ihrem Beitrag in diesem Jahrbuch kritisch mit den Thesen auseinander.*

1.

Die dauerhaft hohe Erwerbslosenquote und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse bedrohen die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft. Sie setzen die Menschen unter existenziellen Druck, fördern die Entsolidarisierung, schränken die Problemlösungsfähigkeit der Politik bedrohlich ein (z.B. Umweltschutz und Klimapolitik), fördern die Machtkonzentration in den Händen der Wirtschaftseliten und schwächen die sozialen Sicherungssysteme. Sie bereiten den Nährboden für Nationalismus, Rassismus und für autoritäre, repressive politische Strömungen.



Arbeit

2.

Gute Arbeit für alle ist deshalb ein zentrales gesellschaftspolitisches Ziel. Es ist eng verknüpft mit einer breiten Palette von gesellschaftspolitischen Anliegen: Mit der Gleichberechtigung von Frau und Mann, mit der Schaffung global gerechter Verhältnisse, mit der Friedenspolitik, mit der nachhaltigen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei gilt es, die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht zu verteilen, sei sie nun Erwerbsarbeit im engeren Sinn oder nicht direkt an den Erwerb gekoppelte Arbeit in der Kinderbetreuung, der privaten Pflege usw.

3.

Es reicht nicht aus, Arbeit für alle anzustreben. Die Qualität der Arbeit muss genau so beachtet werden wie die Quantität. Gute Arbeit heisst: Arbeit sichert die Existenz und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie wird unter menschenwürdigen Bedingungen erbracht, ist frei von Diskriminierungen und von Schädigungen der physischen und psychischen Gesundheit. Die Arbeitenden haben ein Recht auf verbindliche Mitbestimmung bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Jeder Mensch hat Anrecht auf eine Arbeitsbiografie, die ihm die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit erlaubt. Dies bedingt auch das Recht auf eine gute berufliche Grundausbildung und auf ständige berufliche Weiterbildung.

Der Zwang, jede beliebige Arbeit annehmen zu müssen, steht dazu im schärfsten Widerspruch und wird von uns vehement zurückgewiesen. Arbeitslosigkeit darf nicht durch prekäre Arbeit ersetzt werden.

4.

Wir stehen ein für eine soziale Grundsicherung für alle, die keine Erwerbsarbeit leisten, sei es, weil sie Leistungen in der unbezahlten Care Economy erbringen, weil sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen können (z.B. Unfall oder Krankheit) oder weil nicht genügend gute Erwerbsarbeit für alle angeboten wird. Diese soziale Grundsicherung soll ein sozialversicherungsmässig verankertes Recht sein, auf das die Betroffenen Anspruch haben. Die Grundsicherung muss die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an der Kultur ermöglichen, nicht nur das blosse materielle Überleben.

5.

Verschiedene Seiten schlagen die Einführung eines bedingungslos garantierten gesellschaftlichen Grundeinkommens (Minimaleinkommen)



Arbeit

vor und verbinden diese Forderung mit der Aussage, es sei nicht mehr genügend Erwerbsarbeit für alle vorhanden. Eine solche Sicht lehnen wir ab. Sie verfestigt die Spaltung zwischen den Erwerbsarbeitenden und den BezügerInnen von Sozialleistungen, statt deren Überwindung anzustreben. Wir stehen ein für Arbeitszeitverkürzungen für alle und für eine bessere Berufsbildung. Damit fördern wir auch eine Orientierung auf gemeinsame Ziele.

6.

Die demografische Entwicklung der nächsten 20 Jahre wird günstige Rahmenbedingungen bieten, um die Vollbeschäftigung wieder zu einem realistischen Ziel zu machen. Mittelfristig wird der Anteil der Berufstätigen an der Bevölkerung in praktisch allen europäischen Ländern abnehmen, was unbedingt genutzt werden muss, um die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Die Erhöhung des Rentenalters ist deshalb die ›dümmste‹ aller möglichen Strategien. Neoliberale Kreise treiben sie vor allem deshalb voran, weil sie ein hohes Interesse an der Aufrechterhaltung einer ›natürlichen Arbeitslosigkeit‹ (Milton Friedman) haben, um den Druck auf Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsintensität aufrechtzuerhalten.

7.

Wenn die Produktivität der Arbeit steigt, kommt es unausweichlich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die Frage ist deshalb nicht ob, sondern in welcher Form die Arbeitszeit verkürzt wird. Als Arbeitslosigkeit für einen Teil der Erwerbstätigen oder als Arbeitszeitverkürzung für alle? Selbstverständlich treten wir für die zweite Variante ein. Angesichts der wachsenden Intensität der Arbeit und der weit verbreiteten Flexibilisierung der täglichen Arbeitszeiten drängen sich Verkürzungen in folgenden Formen auf: Die 4-Tage-Woche als Standard, mehr Ferien (z.B. acht Wochen für alle), bezahlte Sabbaticals, Elternurlaube, ein tieferes und flexibles Rentenalter.

Der verschärfte globale Standortwettbewerb scheint gegen Arbeitszeitverkürzungen zu sprechen. Allerdings werden die Zwänge dieses Wettbewerbs übertrieben: Wären sie so gross, wie die bürgerliche Seite zu behaupten pflegt, dann wären Unterschiede in der Grössenordnung von 20 Prozent bei der jährlichen Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten innerhalb Europas gänzlich unmöglich. Trotzdem wäre es von grossem Vorteil, Arbeitszeitverkürzungen weltweit, zumindest aber europaweit durchzusetzen. Wir schlagen deshalb vor, eine entsprechende europäische Kampagne zu entwickeln.



Arbeit

8.

Parallel zur Arbeitszeitverkürzung sind auch die Löhne zu sichern. Wir schlagen deshalb eine europäisch koordinierte Mindestlohnpolitik vor, wie sie in den entsprechenden Thesen an der WSI-Denknetz-Tagung vom April 2005 formuliert worden sind. Kernpunkt ist die Forderung nach einem Minimaleinkommen, das mindestens 50 Prozent des Mittelwertes der Löhne des jeweiligen Landes erreicht.

9.

Nichterwerbstätigkeiten in der Care Economy, beispielsweise Kinderbetreuung, private Pflege und Haushaltsführung, müssen sozial und wirtschaftlich stärker abgestützt werden. Die Ausrichtung substanzieller Kindergelder, die Schaffung von Elternurlaube und die Verkürzung der Normalarbeitszeiten verbessern die Bedingungen, unter denen unersetzliche Betreuungsarbeit im innersten, privaten Beziehungsnetz der Menschen geleistet werden kann – von Männern ebenso wie von Frauen. Parallel dazu gilt es, das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung erheblich zu verbessern und allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Dies fördert die soziale Integration der Kinder und mildert mögliche Nachteile, die auf den Herkunftsfamilien lasten, etwa nach einem Kulturwechsel bei ImmigrantInnen, bei ungenügender Bildung, oder wenn beide Eltern voll erwerbstätig sein müssen.

Die Sozialversicherungen sind so auszugestalten, dass die Tätigkeit in der Care Economy hinsichtlich der Bezugsberechtigung und des Leistungsumfangs zu keinen Diskriminierungen führt.

10.

Ein zentrales Mittel bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie ist in ihrer klassischen Ausprägung antizyklisch und dämpft respektive verhindert Wirtschaftskrisen durch die Vergabe von beschäftigungswirksamen öffentlichen Aufträgen, die Stützung der Kaufkraft, die Steuerung der Zinssätze und der verfügbaren Geldmenge. Diese Politik muss wieder viel stärker auf die Stützung der Beschäftigung ausgerichtet und von einer dogmatisch fixierten Inflationsbekämpfung weggeführt werden. Letztlich kann eine Wirtschaftskrise oder eine Finanzkrise der Sozialwerke nur durch bessere Beschäftigung und mehr Kaufkraft für die einkommensschwachen Schichten überwunden werden.

11.

Eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik muss jedoch kom-



Arbeit

biniert werden mit gesellschaftlich sinnvollen Zielen wie Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, regionale Politik, nachhaltige Innovationsförderung. Nur eine solche Verknüpfung verhindert unerwünschte Nebenwirkungen oder gar lebensfeindliche Projekte wie die Förderung der Rüstungsindustrie.

Eine staatliche Investitionsförderung ist klar an Nachhaltigkeitsziele zu binden, wie dies – zumindest ansatzweise – in den beschäftigungswirksamen Investitionshilfeprogrammen der 1990er-Jahre noch praktiziert wurde. Die Verbindung von Beschäftigungswirksamkeit und Nachhaltigkeit ist auch in vielen andern Bereichen möglich, so in der regionalen Wirtschaftsförderung, in der Industriepolitik, in der Energiepolitik. Gerade Letztere ist ein unrühmliches Beispiel, weil bürgerliche InteressenvertreterInnen im Parlament fortschrittliche Lösungen zugunsten von alternativen Energieträgern konsequent abwürgen.

12.

Der Service public stellt in den entwickelten Ländern bereits heute einen beträchtlichen Anteil an der Gesamtwirtschaft. Hier wird gesellschaftlich unentbehrliche Arbeit geleistet, die nach demokratisch ermittelten Regeln gestaltet werden kann. Mit dem Erhalt und Ausbau von Bereichen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und familienergänzende Kinderbetreuung lassen sich das Lebensniveau und die beruflichen Qualifikationen der Menschen wesentlich verbessern. Allgemein zugängliche Infrastrukturen (Mobilität, Kommunikationsmittel, Energieversorgung, Wasserversorgung usw.) müssen nach den Geboten der Nachhaltigkeit entwickelt und umgebaut werden und gehören in den Besitz der Allgemeinheit.

Der Ausbau des Service public ist in den so genannten Entwicklungsländern eine erstrangige Aufgabe, die Unterstützung seitens der ›entwickelten‹ Länder erfordert und eine Fülle von Arbeit generiert. Die öffentlichen Dienste sind zudem auszuweiten auf Bereiche wie die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischen Gütern, und die Zugänglichkeit zu den Mitteln der Informationsgesellschaft ist weltweit zu verbessern.

13.

Wichtige Optionen, um den Einfluss der Demokratie auf die Wirtschaft und Beschäftigung zu stärken, sind die Konzepte der Wirtschaftsdemokratie und die Etablierung einer demokratischen Bedarfsökonomie, wie sie von einer Denknetz-Fachgruppe vorgeschlagen wird. Die demokratische Bedarfsökonomie konzipiert die öffentlich-demokratische Steuer-



Arbeit

nung eines Teils der Privatwirtschaft. Den privaten Akteuren wird ein Set von ökologischen und sozialen Bedingungen auferlegt; im Gegenzug erhalten sie Investitionsbeiträge und Kredite aus einem demokratisch kontrollierten Akkumulationsfonds (Zukunftsbank). Die demokratische Bedarfsökonomie arbeitet mit offenen Patenten und Open-Source-Konzepten.

14.

Dem globalen Standortwettbewerb setzen wir global gültige, soziale und ökologische Mindeststandards entgegen, wie sie durch die Deklaration der Menschenrechte und die Arbeit der International Labor Organisation (ILO) definiert sind. Anstatt hinzunehmen, dass der Standortwettbewerb Druck in Richtung einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausübt, kann und soll mit Hilfe solcher Standards eine positive Dynamik ausgelöst werden. Die Ziele sind klar: Soziale Grund-sicherung, Teilhabe an Gesellschaft, Bildung und Kultur, Gesundheit, Freiheitsrechte, Würde, Nachhaltigkeit und Diskriminierungsfreiheit.

15.

In Europa droht eine Welle der Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und damit eine erneute Verschärfung der Arbeitslosigkeit. In verschiedenen Ländern sollen - ausgerechnet! - Arbeitszeitverlängerungen durchgesetzt werden, so in Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Demgegenüber schlagen wir eine europäische Konferenz unter dem Titel ›Gute Arbeit für alle‹ vor. Diese Konferenz versucht, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln und den Menschenrechten in der Arbeitswelt zum Durchbruch zu verhelfen. Darüber hinaus könnte sie die Arbeit der ILO und anderer relevanter Gremien kritisch begleiten. Sie müsste gemeinsames Handeln mit einer globalen Sichtweise fördern.

*Zürich, 22.8.2006*

*Hans Baumann, Ruth Gurny, Anne Gurzeler, Colin Metzger, Andreas Rieger, Beat Ringger, Walter Schöni, Bernhard Walpen, Adrian Zimmermann*